

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.  
Gesetz Nr. 20.

Vorstandsort: Leipzig 2100.  
Gesetz Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 11.

Mittwoch, 15. Januar 1919, abends.

72. Jahr.

Dieses Tageblatt erscheint jeden Tag abends 17 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Posthalter vierteljährlich 3.50 Mark, monatlich 1.20 Mark. Zusagen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Preis für die 44 ausseitige Druckschrift-Zeile (7 Silben) 20 Pf., Preis für 25 Pf.; getraubener und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Beste Leistung. Bewilligtes Blatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Sitzungs- und Grillungszeit: Riesa. Verschneidungsunterhaltungsstelle: Gröba an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Sitzungen des Betriebs der Druckerei, der Lieferanten oder der Förderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Absetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Gesellschafter: Goethstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Wahlvorschläge für den 28. Wahlkreis zur Nationalversammlung.

Die nachstehenden Wahlvorschläge sind in der öffentlichen Sitzung des Wahlausschusses vom 13. Januar 1919, ab 20. zwecklosen worden.

Wahlvorschlag Gröba.

1. Schriftsteller Dr. Georg Gröba, Dresden-N.
2. Arbeitersekretär u. Stadtrat Wilhelm Bück, Dresden-N.
3. Verteilungsrat u. Gemeindeleiter Hermann Kramann, Postchappel 5, Dresden.
4. Hausfrau Ernestine Lüke, Dresden-N.
5. Gewerkschaftsbeamter Magnus Haack, Dresden-N.
6. Redakteur Richard Schmidt, Meißen.
7. Redakteur Hermann Krüppa, Berlin 9, 34.
8. Schriftsteller Edmund Fischer, Briesnitz b. Dresden.
9. Verteilungsrat Karl Betschke, Freiberg.
10. Hansfrau Hedwig Kurt, Dresden-N.
11. Redakteur Hans Holzapfel, Dresden-Strehlen.
12. Kaufmann und Stadtrat Victor Braune, Dresden.

Wahlvorschlag Riesa.

1. Minister a. D. Kaufmann Emil Nitschke, Leipziger Str. 10.
2. Buchdruckereibesitzer u. Hauptgeschäftsführer Wilhelm Steinendorff, Bittau.
3. Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Küll, Bittau.
4. Frau Marie Stritt, Dresden.
5. Professor Dr. med. Heinrich Kraft, Dresden.
6. Gewerkschaftssekretär Kurt Reischl, Slamen (Kreis Spremberg).
7. Gutsbesitzer Paul Beumer in Niedewitz b. Wilschen.
8. Pastor Eduard Hermann Kruse in Meißen.
9. Ministerial-Sekretär Georg Schulze, Hellerau b. Dresden.
10. Handlungsbetrieb Walter Schmidt, Freiberg.
11. Fleischermeister Paul Richter, Dresden.
12. Gewerbeschullehrer Gustav Döhlker, Meißen.

Wahlvorschlag Gleisner.

1. Redakteur Hermann Gleisner, Briesnitz.
2. Tischlermeister Ernst Schulze, Göschwitz.
3. Arbeiter Anna Jacob, Dresden.
4. Redakteur Emil Nauck, Bittau.
5. Lagerherr Richard Henckel, Gröba a. d. E.
6. Lagerherr Paul Sterzel, Großluga.
7. Arbeiterin Martha Schmid, Weinböhla.
8. Redakteur Georg Fuchs, Bautzen.
9. Metallarbeiterin Hedwig Reineck, Postchappel.
10. Schriftsteller Max König, Niederlößnitz.
11. Schlosser Emil Schlegel, Pirna.
12. Arbeitersekretär Bernhard Menke, Dresden.

Wahlvorschlag Burlage.

1. Reichsgerichtsrat Eduard Burlage, Leipzig.
2. Oberlehrer Kantor Georg Peter Hille, Kirchschullehrer, Coswig, Bez. Dresden.
3. Arbeitervorsteher Paul Villacsek, Dresden.
4. Bürgermeister Heinrich Lorenz, Bittau.
5. Rechtsanwalt Dr. Franz Lohsen, Bützen.
6. Postsekretär Otto Tscholotowsky, Dresden-N.
7. Bäcker Paul Kreitschmer, Schleißwolde.
8. Hauptfachlehrer Paul Hehlein, Dresden-N.
9. Tel. Studentin Barbara Bürkner, Köthen.
10. Hauptgewerkschaftsbetrieber Philipp Stolte, Dresden-N.
11. Fabrikarbeiter Josef Scheffel, Rundorf b. Ostritz i. Sa.
12. Kaufmann Heinrich Hüttner, Bischofswerda (Sa.).

Wahlvorschlag Heinze.

1. Staatsminister a. D. Dr. Rudolf Heinze, Leipziger Str. 5, Dresden.
2. Staatsminister a. D. Dr. Walter Koch, Dresden-N.
3. Braumeister Dr. C. Voigt Schünig, Dresden-N.
4. Oberlehrer Paul Sättler, Dresden.
5. Gewerkschaftsdirektor Dr. Vergemann, Löbau.
6. Gewerkschaftsdirektor Dr. Vergemann, Löbau.
7. Arbeiterschultheiß Richard K. Otto, Freiberg.
8. Gewerkschaftsdirektor Dr. Vergemann, Löbau.
9. Gewerkschaftssekretär Johannes Herrmann, Dresden-N.
10. Gewerkschaftsdirektor Dr. Gerhard Luthe, Dresden.
11. Bäcker Johannes Nehler, Dresden-N.
12. Überbürgermeister Bernhard Blüher, Dresden.

Wahlvorschlag Rößlich.

1. Oberfinanzrat Superintendent Dr. Franz Rößlich, Dresden.
2. Glasermeister und Stadtrat Johannes Oskar Weißlich, Dresden.
3. Kaufmann Gustav Bernhard Curt Frische, Dresden.
4. Fabrikdirektor Max Lehnigk, Niederlößnitz.
5. Lehrerin Franziska Ohnsteiger, Dresden.
6. Guischeschler Max Oskar Schreiber, Wilmsdorf.
7. Fabrikdirektor Wilhelm Max Roskroth, Kleinseiditz 6, Pirna.
8. Eisenbahnssekretär Paul Lubek, Dresden.
9. Kaufmann Friedrich Kloß, Dresden.
10. Gutsbesitzer Johann Wietzsch, Bautzen.
11. Frau Marie von Carlowitz, Dresden.
12. Stadtrat Oswald Schmidt, Freiberg.

Die Wahlvorschläge Burlage, Heinze und Rößlich sind miteinander verbunden worden. Ein Abdruck dieser Bekanntmachung ist neben einem Abdruck des Reichswahlgesetzes und der Wahlordnung im Wahlblatt aufzulegen.

Gleichzeitig erhält ich sämtliche Wahlvorschläge, gemäß § 48 der Wahlordnung die Wahlvorschläge mit sämtlichen angehörigen Schriftstücken angekündigt nach deren Abschluss an die nachstehende Stelle:

Wahlkommissar Dr. Heerklotz, Dresden-N, Sternplatz 5 portofrei einzustellen, falls diese Schriftstücke nicht an eine Sammelstelle behufs gemeinschaftlicher Ablieferung abgegeben werden. Ich mache hierbei darauf aufmerksam, dass die Wahlvorschläge für die praktische Ausführung dieser Vorschrift persönlich verantwortlich sind und demnach die durch verplateten Eingang der Wahlvorschläge entstehenden Kosten zu tragen haben.

Neben die rechtliche Bedeutung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen geben die unter ① abgedruckten Erläuterungen Auskunft.

Dresden, am 18. Januar 1919.

Der Wahlkommissar für den 28. Wahlkreis.

In der Abmahn der Bewerber ist der Wähler bestreikt. Er darf nach § 14 Abs. 2 NWG. nur Namen aus einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen einzuzeichnen, muß sich also, wenn er überhaupt sein Wahlrecht gültig ausüben will, zu einem dieser Vorschläge beziehen. Das Entnehmen von Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen ist nach § 42 Biff. 7 NWG. die Unmöglichkeit des Stimmzettels zur Folge. Die Angenahme von „Wilden“, d. h. Personen, die auf keinem der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge benannt sind, ist dagegen unzulässig, aber auch unwirksam. Sind auf einem Stimmzettel nur Wilden benannt, so ist er ungültig. (NWG. § 42 Biff. 8.) Innerhalb des Wahlvorschlags, für den sich der Wähler entscheidet, kann er jede mögliche Änderung vornehmen, insbesondere also die Abreihenfolge ändern, einzelne Namen streichen oder wiederholen. Alle diese Änderungen berühren nicht die Gültigkeit des Stimmzettels,

sind aber auch nach § 20 NWG. ohne Einfluss auf das Wahlergebnis. Jeder Stimmzettel, der einem bestimmten Wahlvorschlag zugeschlagen werden kann, wird so bewertet, als ob er mit dem Wahlvorschlag völlig übereinstimme. (NWG. § 42 Biff. 8.) Bei dieser Rechtslage hat der Wähler kein Augenmerk darauf zu richten, daß er sich durch die Benennung der von ihm gewählten Bewerber eindeutig für einen bestimmten Wahlvorschlag ausspricht. Es genügt, daß auch nur eine Name aus einem Wahlvorschlag genannt wird, also z. B. der erste Name, der nach § 27 NWG. zur Bezeichnung des Wahlvorschlags dient. Die Namen auf den Stimmzetteln müssen so genannt sein, daß die Berechnung jedes Stimmzettels auf einem bestimmten Wahlvorschlag möglich ist (vgl. § 42 Biff. 5 NWG.). Der Stimmzettel darf kein Kennzeichen, keine Verwohnung und keinen Vorbehalt gegenüber den Gewählten enthalten, sonst ist er nach § 42 Biff. 6 NWG. ungültig.

Die Verbindung von Wahlvorschlägen im Sinne von § 12 des Reichswahlgesetzes bedeutet eine Vereinbarung darüber, daß bei der Verteilung der Abstimmewenige die verbündeten Wahlvorschläge als ein einziger Wahlvorschlag behandelt werden sollen. Bei der Wahl sind die verbündeten Wahlvorschläge selbst völlig selbstständig. Mithin zeigen sich die Wirkungen der Verbindung von Wahlvorschlägen erst bei der Ermittlung des Wahlergebnisses. Denn hier werden dann die Stimmen, die auf jedem einzelnen der verbündeten Wahlvorschläge entfallen, zusammengezählt und bei der Verteilung der Mandate nach Wahlgabe des Stimmenverhältnisses gegenüber den anderen Wahlvorschlägen als Einheit behandelt.

Dem Kommunalverband stehen

1. Sehltücher 62x65 groß zum Preise von je 3.50 M. und
2. Quarkfächer 62x65 groß zum Preise von je 7.— M.

zur Verfügung.

Etwasige Bestellungen hierauf sind

bis zum 19. dieses Monats beim Gemeindevorstand anzubringen. Dieser hat die Bestellungen zu sammeln und bis zum 21. dieses Monats bei der Amtshauptmannschaft einzureichen. Nach dieser Zeit eingehende Bestellungen können Berücksichtigung nicht finden.

Großenhain, am 14. Januar 1919.

316 a IV. Die Amtshauptmannschaft.

## Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 17. laufenden Monat ab

- a) auf Abchnitt 55 der grünen Nährmittelkarte 1 250 gr Weizengrieß,  
roten 1 300 gr Weizengrieß,
- b) auf Abchnitt 55 der Nährmittelkarte für Deeresensklasse 125 gr Graupen  
oder Grüße,
- c) auf Abchnitt 55 der grauen Nährmittelkarte I 125 gr Haferflocken,  
gelben 1 75 gr Haferflocken,
- d) auf Abchnitt 51 der gelben Warenbezugskarte III 250gr Kunsthonig.

Die Entnahme hat bis spätestens den 23. Januar 1919 zu erfolgen.

Der Preis beträgt für

Weizengrieß	48 Pf. für das Pfund,
Graupen	44 Pf. " "
Grüße	44 Pf. " "
Haferflocken	62 Pf. " "
Kunsthonig	75 Pf. "

Die Abschnitte 55 der grünen, roten und grauen Nährmittelkarte I sowie die Abschnitte 51 der gelben Warenbezugskarte III sind ungesägt und ungebündelt in einem verschlossenen Briefumschlag mit Aufschrift der Verteilungsstelle bis spätestens den 25. laufenden Monat an die Unterverteilungsstelle einzureichen. Diese haben sämtliche Abschnitte gesammelt bis spätestens den 27. Januar 1919 an die Amtshauptmannschaft eingefügt.

Die Abschnitte 55 der gelben Nährmittelkarte III sind direkt bis spätestens den 25. laufenden Monat an den Kommissionär Carl Wilke in Riesa eingefügt.

Die Abschnitte der Nährmittelkarte für Deeresensklasse sind mit der Abrechnung bis zum 26. Januar 1919 hierher eingureichen.

Großenhain, am 14. Januar 1919.

221 a, b III. Der Kommunalverband.

## Bekanntmachung:

Die in die Listen der zum Sicherheitsdienst der Garnison Riesa aufgenommenen Mannschaften melden sich Freitag, den 17. 1. 19, vorm. 10 Uhr beim Garnisonskommando.

I. Vorstand: Scherfigg. II. Vorstand: Richter.

Auf Blatt 551 des Handelsregisters ist heute die am 2. Januar 1919 errichtete offene Handelsgesellschaft in Firmen Erich Joseph & Bindert in Riesa und als deren Gesellschafter der Kupferschmied Karl Erich Joseph in Riesa und der Klempner Fritz Bindert in Riesa eingetragen worden.

Angeggebener Geschäftssitz: Kupferschmiederei und Baulenkerei.

Riesa, den 18. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Der Amtsvorstand.

## Gütermarkenauflösung in Gröba.

Dessau, den 10. Januar 1919, nachmittags 6-7 Uhr, werden in den bekannten Markenabschaffellen die Gütermarken eingezogen. Zu gleicher Zeit sind die alten Gobelin-Gütermarken abzulösen.  
Gröba, Elbe, am 10. Januar 1919.

Der Gemeindevorstand.

## Alle Fortbildungsschüler

Die bisher aus kriegswirtschaftlichem Interesse vom Unterricht der Schule freigestellt waren, haben von jetzt an den Schulunterricht wieder regelmäßig zu besuchen. Unbedingtes Verbot ist hiermit bestätigt.

Wetzen, am 12. Januar 1919.

Der Schulvorstand. Schönfeld.

## Verteiltes und Einfaches.

Wetzen, den 15. Januar 1919.

Über die politische Lage und die hauptigen Parteien sprach gestern abend im "Etern" in einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Nationalen Partei Herr Dr. Maurenbrecher, Weimar. Der erste Grundbegriff für den Wiederaufbau müsse sein, daß wir der Regierung eine Macht zur Seite stellen, die fähig sei, den Worten und Taten der Nationalversammlung Nachdruck bis in die lebte Stadt und den letzten Winkel des Reiches hinein zu verleihen. Die Ordnung und Autorität der alten Regierung würde es zu dem, was wir jetzt erlebt hätten, nicht haben können lassen. Kleinstes Volksblätter, wie die "Todes", könnten ungefähr aus dem Verleie des deutschen Volkes Millionen von Volksgenossen herauslösen und sie ihrem Herrschaftsgebiet unterstellen, ohne daß wir etwas Ernsthaftes dagegen unternehmen könnten. Erst wenn wir uns wieder eine Wehrmacht bauen und uns wenigstens der kleinen Völker an unseren Grenzen erwehren würden, könnten wir damit rechnen, daß man unser Leben und Recht unangetastet lasse. Angestellt der hauptsächliche Vermehrung des Angestelltenkultus, die durch den Sieg unserer Feinde noch gefordert werde, steht unter Gott vor der bittersten Verteidigungsfrage, vor der Frage, ob uns von den 80 Millionen Deutschen 30 Millionen genommen werden sollen, um unter fremder Herrschaft in die fremde Nationalität hineingezwungen zu werden. Diese Frage müsse die erste und grundlegende Frage sein. An einer solchen Unruhe des Deutschland werde die ganze Menschheit schweren Schaden erleiden. Es werde eine Verarmung der Welt sein, wenn deutscher Geist, deutsche Seele, deutsches Gemüt, deutsche Schülervolkskraft der Welt verloren gingen. In dem Kampf um die Grundlagen des deutschen Staates, der kein Kampf um Einzelinteressen und Standesfragen sei, müßten sich alle Kreise und Massen zusammenfügen und sagen, so verfallen sind wir noch nicht, daß jeder nur an sich selbst und seine Pflichten denkt. Der Staat, der sich Volksstaat nenne, habe vor der Geschichte und Nachkommen die Pflicht, daran zu denken, daß auch die zukünftigen Geschlechter unserer Volke erhalten bleiben und in unserem Volke sich entwenden und gebrechen. Das Wort Volkspartei sollte keine Schweinswurst sein, sondern das ehrliche Bekennnis, daß das Volk als gemeinsames Gebilde betrachtet werde, das die Erhaltung des Volksamts in den Mittelpunkt alles stellt. Es sei politisch denken und staatlich erstreben. Ein Staat, der sein Volksamt schützen wolle, müsse wohltätig sein. Damit gewinne er auch die Fabrik, Städte, Landesgenossen zu wecken. Die auswärtige Politik Deutschlands sei nicht verloren in dem Augenblick, wo wir zu einer möglichst starken Wehrmacht von neuem geworden seien. Der Krieg habe gezeigt, was es heißt, wenn eine Nation sich zu einem Drittel seiner Wirtschaft auf den Außenhandel werfe. Wir seien damit in die Hand unserer Feinde gelommen. Wenn wir ein freies Volksamt werden wollen, der kein Volke die Freiheit suchen, dann müßten wir die landwirtschaftliche Erzeugung und Ertragfähigkeit steigern. Es ist erforderlich, daß auch die gegenwärtige Regierung die Ansiedlung neuer Bauernstellen fördern und den Auslandsverkehr so weit einschränken möge, als dies möglich sei. Rottweid ist also eine gefundene nationale Wirtschaftspolitik. Die Trennung von Kirche und Staat sei aus von sieklichen Kreisen schon gefordert worden. Die Deutschen Nationalen Volkspartei fordere, daß die Trennung nur dann erfolge, wenn die Kirche selber sie wolle. Die Kirche solle nicht überrumpelt werden, sie solle Zeit haben, sich Organe zu schaffen, die das Problem erst einmal durchdenken. Es müsse eine lange Zeit des Übergangs sein. Alle Vermögenswerte, die die Kirche dem Staat überlassen habe, müsse der Staat der Kirche abholen. Die Deutschen Nationalen Volkspartei verabscheide sich der Notwendigkeit nicht, daß es im Interesse der Kirche liege, sich vom Staat loszulösen. Aber es würde nicht der Weg der Gewalt, sondern der Weg der Ordnung, des Gesetzes und des Vertrages bezeichnet werden. Sie wolle auch, daß der Staat der Religionsunterricht und die religiöse Grundlage erhalten bleibe. Am Schlusse seiner nahezu 2½ stündigen Ausführungen beschäftigte sich Redner noch mit der Deutschen demokratischen Partei. Der Ruf dieser Partei zur Sammlung des gesamten Bürgertums gegenüber der Sozialdemokratie sei ein irriger gewesen. Durch die Ablehnung der Bistumverbindung mit den übrigen bürgerlichen Parteien habe die Partei gesagt, daß sie es auf eine Schwächung des rechten Flügels der bürgerlichen Parteien abgesehen habe. — In der Auskunft trat Herr Direktor Leibert den Angriffen auf die Deutsche demokratische Partei entgegen, wobei er auch die Agitation der bürgerlichen Deutschen Nationalen Partei gegen seine Partei besprach. Nachdem schon die Kämpfer der Deutschen Nationalen Bistumverbindung unmöglich, so auch die Erwähnung, daß eine solche Bistumverbindung das Abwählen vieler Wähler zur Sozialdemokratie zur Folge haben werde, wodurch den bürgerlichen Parteien noch höherer Schaden zugefügt werde. Auf der Aussprache beteiligten sich ferner noch Herr Hilscher, Weida, und die Sozialdemokraten Seinen, Reuter und Goldammer. Sie wiesen alle insbesondere darauf hin, daß in der Deutschen Nationalen Partei sich die alten Kontrahenten zusammengefunden hätten, und daß deren Politik es vor allem gewesen sei, die zu den heutigen Zuständen geführt habe. In seinem Schlusswort hob der Referent hervor, daß die Deutschen Nationalen Partei vom konserватiven Programm alles aufgegeben habe, was seit geworden sei, sie habe nur übernommen, was sich bewährt habe. Die Versammlung, die sehr gut beleuchtet, aber nicht so überfüllt war wie die letzten Versammlungen, endete unter starker Unruhe erst gegen 1/2 Uhr.

→ Sozialdemokratische Wahlversammlung. Zu der gestern abend von der Sozialdemokratischen Volkspartei Wetzlar einberufenen Wahlversammlung hatte sich eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden. Männer und Frauen der verschiedensten Stände füllten den gesäumten Hörsaal des Saals. Als Redner des Abends war der Redakteur der Volkszeitung, Herr Schmidt, Weissen, bestellt worden. Mit dem Ende des Weltkriegs sei eine neue Macht entstanden. Die Arbeiter seien nun auf ihre Erwerbung; die zu erhalten, müsse ihre wichtigste Aufgabe sein. Redner beharrte, daß Röderer die Urkunden, die zur Revolution am 9. November v. J. geführt hätten, so wie er insbesondere auf die im Heere großzügige Erbitterung und auf die Rot und die Bevölkerung in der Heimat hin. Freilich habe die Revolution an den Grenzen unserer Nachbarstaaten halt gemacht, aber die Genossen da drüber hätten nicht verjagt. Das englische und französische Volk lebe augenscheinlich im Siegestaumel. Eine Weltrevolution könne nicht erfolgen. Wie wußten alle, daß wir eine große militärische Nieder-

für einen 11-jährigen Wettbewerb wird unter Unternehmen teilnehmend in einem handelspolitischen Wettkampf gehabt. Wiedergabe erhält der Gemeindevorstand zu Wetzlar.

## Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen betr.

Die aufgestellten Wählerlisten liegen vom 14. bis 21. Januar 1919 im Gemeindeamt während der üblichen Geschäftsstunden an jedermanns Einsicht aus. Einzelne gegen Wiederwahl und Wahlhabilität der Wählerlisten sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beim Untersuchungen festzustellen oder zu Protokoll anzubringen. Beweismittel sind vorzulegen.

Wetzen, am 11. Januar 1919.

Der Gemeindevorstand. Schönfeld.

lasse erlitten haben, aber auch vor einem wirtschaftlichen Bereich rückt würden wir. Das liege aber nicht an der Revolution, sondern das wäre auch im Krieg geschehen. Wir leben auf das Ausland angewiesen. Unsere Lebensmittel reichten nur noch wenige Monate. Rohstoffmangel und Arbeitsknappheit machen sich immer mehr bemerkbar. Die Arbeiter könnten nicht bauen für die begangenen Sünden. Das Kapital müsse herangezogen werden. Seit der Revolution habe die Sozialdemokratie die Regierung in die Hand genommen. Unsere Kinder würden uns den Freuden dienen. Die Sozialdemokratie sei nicht schuld daran. Es müsse Ruhe gewahrt werden. Auch die Stationierung müsse weiter befehlen bleiben. Jetzt gehe es an die Zukunft zu denken. Der freiheitliche Staat für eine sozialistische Revolution müsse in alle Städte getragen werden. Das Programm der Sozialdemokratie sei, Ordnung in die Unordnung zu bringen. In dem heutigen Wirtschaftsleben herrsche Unordnung, die die Sozialdemokratie bekämpft. Bergwerke, Koblenzgruben, Schiffsbau und dergleichen müßten wie übernommen. Die untauglichen Aktionäre müßten zugunsten der Arbeiter und intelligenten Beamten ausgerottet werden. Sie durften uns nicht einzahlen, was die Voge der Arbeit verhindern könnte. Es sei notwendig, daß wir die Nationalversammlung wählen, auch wenn die Zeit zur Vorbereitung sehr kurz sei. Die Sozialdemokratie fordere jener gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahre. Die Frau dürfe nicht unterdrückt werden. Eine ganze Reihe von Ländern habe das Frauenwahlrecht eingeführt und überall sei man voll des Lobes über die Tätigkeit der Frau. Als weitere Forderung erwähnte Redner die Bildung von Schiedsgerichten, Gründung der Einheitslöhne, Beseitigung der Klassendifferenzen, Aufhebung der Gewerbesteuern, unentgeltliche ärztliche Hilfe, Vermögenssteuer, Gewerbesteuer, Verkürzung der Arbeitszeit. Die Situation sei für die Sozialdemokratie äußerst günstig. Am Schlusse des Vortrages wurde die Anwesenden nochmals an ihre Wahlpflicht erinnert im Interesse ihrer selbst, ihrer Kinder und Angehörigen. — In der freien Aussprache versuchte ein Mitglied des bürgerlichen Arbeiter- und Soldatenrates die Ausführungen des Vortragenden in einigen Punkten anzufechten, worauf jedoch von diesem wie auch anschließend von einem weiteren Versammlungsbeteiligten entgegnet wurde. — Der Vorsitzende des bürgerlichen Arbeiter- und Soldaten-Rates, Scherff, als Versammlungsleiter, ermahnte nochmals insbesondere die Frauen, sich das ihnen endlich eingeräumte Wahlrecht zur Pflicht zu machen und sich zwecks Ausklärung organisatorisch immer mehr zusammenzutun.

→ Lebensmittelverteilung. Vom 17. d. M. ab kommen laut Bekanntmachung in vorliegender Nummer ab Abschnitt 55 der grünen und roten Räbermittelkarte i. Weizengrund, auf Abschnitt 55 der Räbermittelkarte für Beeresenscheine Brauen oder Grüne, auf Abschnitt 55 der grünen und gelben Räbermittelkarte i. Döbeln, auf Abschnitt 51 der gelben Warenbegutkarte III Kunststoff zur Verteilung.

→ Eine Beschränkung des Verding- und Versammlungsrechtes. Wetzlar, Sachs. Landesdienst teilte mit: Der Volkszugrat des Arbeiter- und Soldatenrates in Dresden erließ am 11. d. M. auf Anhieb der Börse in Dresden am 10. Januar auf dem Berliner Platz eine Bekanntmachung, durch die die Versammlungen der Kommunistenpartei verboten wurden. Dieses Verbot ist ungültig und aufzuheben. Radt mit Geschäftsführer vom 12. November 1918 vom Rat der Volksauftragten in Berlin erlassenen Verordnung ist der Befreiungszustand aufgehoben und das Verding- und Versammlungsrecht unterliegt keinerlei Beschränkungen (R. G. Bl. 153, Seite 130). Das sozialistische Gesamtministerium macht sich in dem Aufruf vom 18. November 1918 die in der Verordnung aufgestellten Grundätze zu eigen. Demnach haben alle Parteien die Vereins- und Versammlungsfreiheit. Ausnahmegesetze haben keinen Raum. Selbst bei den schwierigen Kämpfen in Berlin ist die Reichsregierung ohne Ausnahmegesetze ausgetreten. Sie verfehlten auch völlig ihren Zweck, weil sie nur das Kampfspiel verlegen. Eine unterdrückte Partei wird zur Gefahr für die Versammlungsfreiheit anderer Parteien. Die Androhung militärischer Gewalt gegen friedliche Demonstrationen und Versammlungen, wie am 11. Januar gegen die auf dem Theaterplatz befindliche Versammlung der U. S. S. D., hat zu unterbleiben, weil sie erst zur Abwehr der angebrochenen Gewalt aufzuschlagen. Radt Zeitungsindecksen sind am Freitag Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden. Eine Schnapskiste gibt es nicht. Daben Personen strafbare Handlungen vorgenommen, so sind sie, wenn festgenommen, unverzüglich dem vorberüchteten Richter auszuführen, der über die Haft zu entscheiden hat. Den Verhafteten muß die Recht der Verteidigung und der Beschwerde gegen die Haft gewährleistet werden.

→ Zwischenlandbau. Um der Zwischenlandbau in Sachsen durch die Landesstellen für Gemüse und Obst unter für den Anbau günstigen Bedingungen erheblich gefördert werden. Solche Gärtnerei und Landwirte, welche ihre Zwischenlandbauflächen vergrößern wollen und Verträge über den Anbau und die Lieferung solcher Zwischenbau an die Landesstellen abgeschlossen bereit sind, sollen sich unmittelbar an die Geschäftsstellen der Landesstellen für Gemüse und Obst in Dresden-R., Hofstallstraße 10 b, Edelgeschäft, wenden. Die Landesstellen steht in enger Verbindung mit der Sachsischen Sonnenzucht-Gesellschaft in Dresden-R., Königstraße 24, die infolge ausgedehnter, unter staatlicher Kontrolle stehender Gemüsefarm-Anbaus für den Fall des Abschlusses von Abnahmeverträgen den Anbauern Zwischenbau unter günstigsten Bedingungen zur Verfügung halten kann. Außerdem ist die Gemüsezuchtgesellschaft zur Lieferung aller anderen Arten von Gemüsewaren in besser und zuverlässiger Beschafftheit in der Lage.

→ Rettungsaufgabe. Durch Verordnung des Ministeriums für Militärmaterie ist bestimmt worden, daß die Jahrgänge 96 und 97 bis Ende Januar 1919 zu entlassen sind. Es bleiben sonst, abgesehen von den ältesten Mannschaften, die aus dienstlichen Gründen zurückgehalten werden oder sich freiwillig zur Verpflichtung gestellt haben, nur noch die Jahrgänge 98 und 99 im Dienste. Diese beiden Jahrgänge sind aber als in der Ausbildung ihrer aktiven Dienstpflicht befindlich anzusehen. Ihre Freigabe kann deshalb nur auf Grund besonderer Geleute erfolgen. Privatpersonen müssen solche Geleute an das Generalkommando 12 — Kriegsmaterialstelle Dresden — einreichen ohne Rücksicht auf den Grund, um deswegen die Freigabe beantragt wird. Militärpersonen haben die Geleute an ihren Truppenteilen zu richten. Allerdings an andere Dienststellen eingereichten Geleute verzögern die Entsendung und schädigen die Interessen der Geleutsteller.

→ Streit. Bei den Stadtvorstandswahlen wurden 9 Vertreter der Sozialdemokraten und 7 Bürgerliche gew.

Dresden. Ein Spartakistenwunsch sollte vorgestern von den Anhängern des früheren Reichstagsabgeordneten Mühl von Wirsau aus geplant sein. Die Wirsauer Spartakisten hatten, wie es sich, die Absicht, nach Dresden zu ziehen, um ihren verhafteten Führer zu befreien. Von der Regierung waren jedoch die notwendigen Vorbereitungen zu einem Angrange der Demonstranten getroffen worden, weshalb diese ihre Absicht wieder aufgaben.

Stolzenburg. Bei Revision eines Wagens der Gedrüber Steinkohle auf der Landstraße Wiesa-Gedrüber durch den bleibigen A. und S. Rat entdeckte man große Mengen Schießhandelswaren, und zwar zwei frisch geschlachte Räuber, 100 Pfund Kerze und 70 Pfund Blei. Eine darüber noch in der Wohnung des Wagenbesitzers in Wiesa vorgenommene Untersuchung ergab 19 Pf. Schweinefleisch und über 11 Rentier weißen Weizenmehl. Die Waren wurden beschlagnahmt.

Bautzen. Die Böden treten in den Grenzjahren deutlich in erheblichem Umfang auf, und es besteht ernstlich die Gefahr der Erosion nach Sachsen. Bautzen ist ein. Bei den Stadtvorstandswahlen erhielt die sozialdemokratische Liste 891 Stimmen und die bürgerlichen Parteien 3 Stimmen. Die Sozialdemokratie wird insgesamt 6 Sitze und die bürgerlichen Parteien 3 Sitze im Stadtvorstandskollegium erhalten. Grimmaischau. Zu dem Großfeuer bei der Firma Carl Böttcher ist noch nachzutragen, daß von dem großen Gebäude nur noch die Umfassungsmauern stehen; das Innere ist vollständig ausgebrannt und zusammengebrochen. Lediglich sind bei dem Brande 9 Arbeiterinnen und Leben gekommen, die aus Grimmaischau und Umgebung stammen. Die Zahl der Verletzten steht noch nicht fest.

Magdeburg. In der Fabrik der Buchdruckerei, Verlag der Magdeburgischen Zeitung, brach am Sonnabend Abend ein Feuer aus, das die Druckerei zerstörte. Die Verluste sind beträchtlich, eine neue große Rotationsmaschine samt elektrischer Einrichtung wurde besonders in Mitleidenschaft gezogen.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 15. Januar 1919.

### Ein Aufruf der Reichsregierung.

\* Berlin. Reichsregierung und Zentralrat erlassen einen Aufruf, in welchem es heißt, daß die Nationalversammlung allein den Frieden bringen und Freiheit in dieser neuen Verfassung verwirklichen kann. Es gilt, den ungeliebten Verlauf der Wahlen zu ändern. Wählt eines jeden Deutschen ist es, hierzu zu helfen. Die Wahlfreiheit ist jedem Volksgenossen durch das Gesetz, insbesondere durch den § 107 des Reichsstrafgesetzbuchs verblüht. Nach dieser Vorschrift wird mit schweren Freiheitsstrafen bestraft, wer einen Deutschen durch Gewalt oder Drohung zu hindern sucht an der Ausübung seiner staatsbürglerlichen Rechte, zu wählen oder zu stimmen. Die Reichsregierung wird jeder Störung der Wahlhandlung mit Entschiedenheit entgegenstehen.

### Generalstreik in der Halleischen Metallindustrie.

\* Halle a. S. In der Halleischen Metallindustrie traten heute zur Erzielung eines Mindestlohnobriges von 2 Mark die Arbeiter in den Generalstreik. Sämtliche Fabriken liegen still.

### Streit in Braunkohlengruben bei Halle.

\* Halle (Saale). Ein großer Teil der Belegschaft der Braunkohlengruben im Kreis südlich von Halle ist in den Ausstand getreten. Durch den Ausstand ist die Ueberlandzentrale Saalekreis-Bitterfeld genötigt, ihre Stromlieferung einzustellen.

### Der Streik auf der Berliner Hochbahn.

\* Berlin. Wegen des Streiks auf der Hochbahn wurde gestern während des ganzen Tages verhandelt, ohne daß eine Einigung zu Staude gekommen wäre. Heute nachmittag dürfte sich laut "Volksanzeiger" das Einigungsamt des Berliner Gewerbege richts mit der Sache beschäftigen. Vorläufig ruht der ganze Betrieb.

### Generalstreik in Oberschlesien.

\* Breslau. Wie aus Oppeln gemeldet wird, ist in Oberschlesien für den 16. Januar der Generalstreik angeordnet. Die Arbeiter verlangen 30 Mark Schichtlohn und sofortige Beseitigung des Grenztones.

### Deutsch-Oesterreichs Vaterland.

\* Wien. Die Reichskonferenz der Soldatenräte Österreichs, welche in Wien tagte und der auch der Oberbefehlshaber Feldmarschall Goog und der Landesbefehlshaber Wels, bewohnten, beschloß, an die Soldatenräte in Berlin, Leipzig und Stuttgart um eine Deputation zu richten, in welcher die berüchtigten Neidergrüße mit dem Geldbuß überwandt werden, daß es für die Deutsch-Oesterreichs nur ein Vaterland gibt: Das große sozialistische Deutschland.

### Fleischselbstversorgung.

Das Landeslebensmittelamt schreibt: Über die Vorteile und Nachteile der Fleischselbstversorgung herrschen bei der Allgemeinheit nicht immer die richtigsten Vorstellungen. Bei den Behörden laufen von Seiten der Verbraucher zahlreiche Klagen ein, daß der Fleischverbraucher weit besser als die übrige Bevölkerung gekostet sei und er auf eine geringere Verbrauchsmenge beschränkt werden sollte. Auf der anderen Seite klagen die Haushalte darüber, daß sie mit Mühe und Not und großen Kosten herangezogenen Schweinen einen großen Teil an den Kommunalverband zu Preisen liefern müssen, die in keinen Verhältnisse zu ihren Kosten standen. Es ist nicht ohne Interesse, ob über die Vorteile und Nachteile des Haushaltens einmal klar zu werden. Der Selbstverbraucher erhält allerdings eine höhere Ration als der Verbrauchsberechtigte, nämlich 400 Gramm in der Woche gegenüber 125 bis 200 Gramm des Verbrauchsberechtigten. Er erhält darüber keine Fleischmarken und ist für die gesamte Zeit der Fleischversorgung, welche genau nach dem Schlachtwicht bestimmt ist, geschlachteten Tieres amlich festgelegt, auf den Fleischvochtar angezeigt. Dazu kommt noch eine gewisse Mengen Wurst, die er sich aus dem Blute und den Inneren des geschlachteten Tieres herstellen kann. Auf der anderen Seite hat der Selbstverbraucher von dem geschlachteten Schweine ein Viertel an den Kommunalverband abzuliefern. Häufiger als 1 Schwein, so muß er das verpflichten, ein ganzes Mindest ebenso schweres Schwein wie das geschlachtete abzugeben. Außerdem hat er bestimmte Mengen Speck und Wurst, die nach der Größe des Schweines bemessen werden, abzuliefern. Besonders hierfür werden ihm für das Pfund Fleisch 1 K. 80 f. Bei den hohen Fleckelpreisen, die der Haushaltende, wenn er nicht selbst Schweinefleisch ist, bat



**Wahlkennzeichnen.**  
Großa, Sonnabend 8 Uhr. Bettende in Großa, P. Münster;  
morgen 8 Uhr Bettende in Oberwitz, P. Münster.

## Die richtige Liste

für die Wahl zur Nationalversammlung

trägt folgende Namen:

1. Weiß, Emil, Staatsminister a. D., Kaufmann in Leipzig.
2. Grindelsohn, Wilhelm, Buchdruckereibesitzer und Hauptredakteur in Bittau, Provinz 19.
3. Röhl, Wilhelm, Dr. Oberbürgermeister in Bittau.
4. Stritt, Marie, Frau, Schriftstellerin in Dresden-II, Reichiger Straße 17.
5. Kraft, Heinrich, Prof. Dr. med. in Dresden, Niederstraße 12.
6. Reichelt, Kurt, Gewerbevereinssekretär in Slavonien, Kreis Spremberg-L.
7. Jenner, Paul, Belegschaftsbesitzer in Radebeul bei Chemnitz.
8. Krause, Eduard Hermann, Pastor in Meißen.
9. Schäfer, Georg, Ministerialdirektor in Bitterfeld.
10. Schmidt, Walter, Handlungsbüchler, Freiberg, Neßelfeld 1.
11. Richter, Paul, Fleischerobermeister, Dresden, Bismarckplatz 8.
12. Dahler, Gustav, Gewerbeschullehrer in Meißen, Niederspaarer Straße 11.

**Demokratische Partei in Nielsa.**

Für die vielen Beweise der Liebe und Freundschaft am Tage unserer Silberhochzeit danken wir allen aufs herzlichste.  
Karl Lieberwirth, Oberhauptmeier, u. Frau  
Marie geb. Beck.  
Großa, den 14. 1. 1919.

**Gastwirtschaftverein Riesa und Umg.**  
Am 13. Januar verstarb unter gesuchtes, langjähriges Mitglied und lieber Kollege, der Gastwirt

**Otto Rische**

hier. Seine treue Unabhängigkeit, sowie sein gutes, aufrichtiges Wesen lieben ihm die uns ein dankbares Andenken.  
Er ruhe in Frieden!

Der Gastwirtschaftverein Nielsa u. Umg.  
J. A. Albert Schulze.

Die Beerdigung erfolgt Donnerstag 1/2 Uhr.  
Der Verein heißt mit Banner 1/1 Uhr im Restaurant zur Burg.



**Verlorenes Glück.**

Nach wochenlanger dauernder Unge-  
wissheit erlebt ich nun von seiten  
treuen zurückgekehrt Kameraden die  
schmerzliche, herzerreißende Nachricht, daß mein  
beijgeliebter, unvergesslicher Mann, der liebe-  
volle, versorgende Vater seiner Kinder, mein  
lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager  
und Onkel, der Landsturmmann

**Gustav Cramer**

am 21. Oktober dem schrecklichen Weltkriege zum  
Opfer gefallen ist. In tiefstem Schmerze  
Gulda verlo. Cramer geb. Müllrich und  
Kinder nebst Angehörigen.

Mühlhäuser, den 14. Januar 1919.  
So schwach denn wohl, Geliebter meines Lebens,  
Kein Kampfgeist hört mehr Deine Rufe,  
All' liebeswertes Leben war vergedens,  
Der Tod, er schlief Dein liebes Auge zu.  
Du sankst dahin, geknickt als Todesfeuer,  
Früh liegt Du ab den Erden-Wilgerstab,  
Du sankst ab' heimatisch' Gelände  
In weiter Ferne in Dein fröhles Grab.  
Befestigt bist Du von allen Erdenscheuchen,  
Du fehst nicht mehr zu Deinen Liebenheim,  
Dein fröhles Scheiben breicht uns bang die Herzen,  
Schlaf wohl, ruh' sankt im Feindeslande aus.

Für die zahlreichen wohlwollenden Beweise  
der großen Liebe und Teilnahme, die unserem  
unvergesslichen Entschlafenen

**Robert Ernst Schreier**

in so reichem Maße beigelegt worden sind, sagen  
wir nur auf diesem Wege allen unsern tief-  
gefühlsten Dank. Besonderen Dank aber der  
Speicher- und Speditions-Aktiengesellschaft zu  
Riesa und dem gleichen Gesellenverein für die  
ebenwohlige Teilnahme. Du, guter Entschlafener  
aber, „Habe Dank“ und „Ruhe sankt!“

Sobris, am 14. Januar 1919.

In tiefer Trauer  
Gulda verlo. Schreier geb. Hennig nebst Kindern  
und übrigen Freitragenden.

# Riesa und Umgegend!

**Bolschewiken und genossen!**

Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, findet im Hotel Höpfner eine

## Volks-Versammlung

statt. Als Redner werden erfreulichen Staatsminister a. D. Genoss Stichtorf und  
Kandidatin zur Nationalversammlung Frau Enke, Dresden. Männer und Frauen aus allen Schichten, erscheint in Massen. Der Einberuf.

## Kartenfreie Feuerung für Hausbrand.

Unter Voransetzung des Verbleibens offener Schiffahrt empfange ich  
eine Kahnladung

## Pa. Stichtorf (Torfsteine)

vorzugsweise geeignet zum Hausbrand für Stadt und Land.  
Abgabe auch außerhalb des Bezirks der Amtshauptmannschaft Großenhain in Bielefeld

großen und kleinen Vögeln.

Preis noch unbestimmt, ungefähr M. 6.75 für 1 Ctr. ab Lager.

Bestellungen werden prompt entgegengenommen.

## ❖ Hans Ludewig. ❖

## Männer und Frauen!

Die Wahlen der Deutschen Nationalversammlung stehen vor der Tür.  
Worauf kommt es an? Nicht auf Programme, sondern auf

## Personlichkeiten,

die das Vertrauen aller Volkskreise verdienen. Stimmt daher für die Liste der

## Deutschen Volkspartei

mit den Namen:

Dr. Heinz, Dresden — Dr. Koch, Dresden — Dr. Lotte Schurig,  
Dresden — Oberlehrer Paul Sättler, Dresden — Rich. Otto,  
Freiberg — Dr. Bergemann, Löbau, Sa. — Arbeiterselbstfür Sey,  
Dresden — Dr. Böhm, Meißen — Postsekretär Herrmann,  
Dresden — Dr. Luther, Dresden — Pfarrer Nehler, Dresden  
— Oberbürgermeister Blüher, Dresden.

## Deutsche Volkspartei.

Beitrittsklärungen nimmt die Geschäftsstelle des Dresdner Reichsver-  
eins der Deutschen Volkspartei, Reichsbahnstraße 82, entgegen. Sonderbeiträge  
zu den Wahlkosten auf das Konto der Deutschen Volkspartei bei der Mittel-  
deutschen Privatbank, Wallenhausenstraße 21, erbeten.

## Gasthof Pausitz. Theater der Stadt Riesa.

Sonntag, den 19. 1.

Mosers bestes Lustspiel! Glänzende Toiletten u. Uniformen!  
Der Weihenfester oder: Salot und Kasernenhof.

8. Att. Einjährigenpost.

Nachm. 1/4 Uhr Soldatenbumptische

Hand Tanz oder: In Gefecht Herr Lieutenant.

Hierauf: Die Sanderoose (eine Pantomime).

Die Direction.

empfiehlt  
**Parkettböden** Gustav Golditz jun.,  
Parkettfabrik, Auerbach I. V.

**Gebrauchte Säcke,**  
gleichviel ob schwere oder scharf.

**Strohläde, Badleinwand und Bindfaden**

kaufen jeden Posten gegen sofortige Rasse.

Ausnahme: Freitag, den 17. Januar von 10-2 Uhr

beim Seilermeister Bergmann, Hauptstr. 54 im Hof.

Allerübereckstetter Kästner von

Gäulen für die Kästnob. Großenhain.

## Musik.

In der Stadtkapelle

Mühlberg (Elbe) können zu

Östern, ev. auch früher, noch

eine Musikkiste eingezahlt werden. Bereitwillige

Auskunft erteilen Herr Paul

Wolfschmidt, Poppitzstraße 49,

Herr Goldammer, Hund-

teil 7, Herr Guk, Scheiner,

Schloßstr. — Gek. Anmel-

dungen erhältet Wilhelm

Gäbler, Stadtmusikdir.

Leichten niedrigen

Gimpanner-Bogen

in gutem Zustande kaufen

Vörther Müller,

Heidehäuser.

**Gelbe Kohlrüben,**

**Rote Speisemöhren**

**und Zwiebeln**

verf. Frau Ernestine Koch,

Großenhain, 51a/3.

**Hinterlader,**  
**Zaselmagen,**  
**Gruteleitern**  
bereitst zu verkaufen.  
A. Töpfer, Zschöckau.

## Holzverkauf in der Oberförsterei Elsterwerda.

Am Sonnabend, 25. Jan.  
1919 von vormittags 10  
Uhr ab, sollen auf dem häufig  
besuchten Holzfang in Elster-  
werda ungefähr die folgende  
Holzart öffentlich versteigert  
verkauft werden:

1. **Staubholz Staubis.**  
Zägen 46 (Rohholz).  
Stäben: 1451 Stämme  
I./IV. Al. mit 877,44 fm,  
162 m Rückloben IIb (2 m  
lang, rund), 32 m Rücken  
(2 m lang, rund), 7 m Rücken  
(1 m lang, gespalten),  
88 m Riegel III. Al. Rücken:  
5 Stämme III./IV. Al.  
mit 2,40 fm.

2. **Staubholz Staubis.**  
Zägen 98, 106,  
107, 111 (Durchholz).  
Stäben: 11 Stämme II./IV.  
Al. mit 7,22 fm, 100 m  
Rückloben IIb (2 m lang,  
rund), 98 m Rücken (2 m  
lang, rund), 2 m Rücken  
(1 m lang, gespalten),  
10 m Riegel II. Al. Rücken:  
234 m Riegel II. Al.

3. **Staubholz Staubis.**  
Das auf der Brandfläche in  
den Tagen 14. und 15. be-  
findliche Holz vor dem Ein-  
holz zum Säbelschlag durch  
die Räuber unter den im  
Termin bekannt zu machen-  
den Bedingungen in mehreren  
Losen abholbar. Die Vorstellung  
der Säbelschläge und der einzelnen Räuber erfolgt  
durch den Gemeinderat in  
Staubis.

Aufmaßlisten mit Losen-  
stellung über das Holz aus  
den Säbelschlägen Staubis und  
Hohenleipisch gegen  
Säbelschläger.

**Oberförsterei Elsterwerda,**  
den 18. Januar 1919.

## Rutenbesen

eingetroffen und verkauft

billig Schurig, Mühlbach.

**Zwiebeln,**  
im ganzen und einzeln,  
Möhren, Kraut  
gibt ab Herbst. Hauptstr. 18.

## Baum Richter

**Gröba**  
Streblauer Straße  
empfiehlt in großer Auswahl  
sehr abgezogene  
**Rein- und Roselweine**  
von 6.80 Mf. an.

## Edelweine

von 11 Mf. an  
ohne Steuer.

Deutsche Rot- u. Ungar-

weine, Medizinalweine,

Gimbierlat, Seiter-

wasser, Saftstätter,

Brauner, zur Kür

Vorzugspreise;

Wermutkuren, W. 2.80 Mf.

Badblumen, W. 4.80 Mf.

Wilschott, W. 6.80 Mf.

Blut- u. Leberkraut, Dosen,

Schneermilch, kleine Deli-

ware, Edel-, Wachskreme,

Schubfett u. s. w.

## Gemeindevertreter,

## Bahl

## Eierhauen.

Alle bürgerlich gesinneten  
Wähler werden Sonnabend,

den 18. d. M., abends 8 Uhr,

im Gasthof zu einer Be-

sprechung eingeladen.

D. Einberuf.

Das geplante

## Abschiedstränchen

der R.-U. Gem. 2/3 findet  
morgen Sonnabend in  
Oberwitz statt.

Zahlreiche Herren

und hrgl. willkommen.

L.

Gute Übung b. Höpfners.

## Nichters

## Tanzstunde

findet wegen Besetzung des  
Saales nicht Freitag, sondern  
erst Sonnabend, d. 18. Jan.,  
im Hotel zum Stern statt.

Die deutsche R. umfasst

6 Seiten.

# Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Verleger und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Redaktion: Goethestraße 49. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 11.

Mittwoch, 15. Januar 1919, abends.

72. Jahrg.

## Aus dem vorläufigen Steuerprogramm der Reichsregierung

werden nunmehr im „Reichsangebot“ zwei Gesetzentwürfe veröffentlicht. Der eine betrifft eine ausserordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919. Es handelt sich hierbei von einigen Abweichungen abgesehen, um eine Weiterholung der Kriegsabgabe, wie sie für das Rechnungsjahr 1918 zur Erfüllung gelangt. Dabei muss aber vorausgesetzt werden, dass derjenige Teil des Entwurfs, der sich mit der Abgabe vom Vermögen der Einzelvermögen beschäftigt, nicht Gelehrt werden soll, wenn die große einmalige Vermögensabgabe die Zustimmung der zur Entscheidung befürwortenden Organe finden wird.

Das Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919 so wie es im Entwurf vorliegt, verzahlt in zwei Abteilungen. 1. in die Abgabestütze der Einzelvermögen und 2. in die Abgabestütze der Gesellschaften.

Die Einzelvermögen sollen eine Abgabe vom Mehrkosten kommen und vom Vermögen abhängen. Beiträge des Mehrkostens bis 3000 Mark bleiben steuerfrei. War das veranlagte Einkommen vor dem Kriege niedriger als 10000 Mark, so gilt als Kriegseinkommen der Beitrag von 10000 Mark. Die Abgabe vom Mehrkosten beträgt für die ersten 10000 Mark des abgabepflichtigen Mehrkostens 5 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 10000 Mark 10 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 30000 Mark 20 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 50000 Mark 30 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 100000 Mark 40 v. H., für weitere Beiträge 50 v. H. Die Abgabe vom Vermögen wird nur erhoben bei Vermögensbeträgen von mehr als 100000 Mark. Sie beträgt für die ersten 200000 Mark 1 v. T., für die nächsten angefangenen oder vollen 300000 Mark 2 v. T., für die nächsten angefangenen oder vollen 500000 Mark 3 v. T. und für die nächsten angefangenen oder volle Million 4 v. T. Ihr weitere Beiträge 5 v. T. Maßgebend für das steuerpflichtige Vermögen ist im allgemeinen der Vermögensstand vom 31. Dezember 1918.

Gegenstand der Kriegssteuerung der Gesellschaften ist der Mehrgewinn des 5. Kriegsgeschäftsjahrs. Während noch beim Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die Höchtabgabe den Gesellschaften vom Mehrgewinn 60 v. H. betraut, ist sie im Entwurf für 1919 mit 80 v. H. vorgesehen, und zwar ist die Staffelung der Abgaben bei den Mehrgewinnen befristet. Alle Mehrgewinne über eine Million Mark zahlen 80 v. H. Kriegsteuer. Für geringere Gewinne sind Ermäßigungen um 10 bis 50 v. H. vorgesehen. Ein Übermaß der Besteuerung wird dadurch verhindert, dass die Mehrgewinnsteuer des Reiches einschließlich die Staats- und Gemeindesteuer (soweit diese bestehen) von dem dem Mehrgewinn bildenden Teile des Einkommens erheben wird) in jedem Falle nicht über 80 v. H. hinausgehen soll.

Der zweite Gesetzentwurf betrifft eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, der in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918 eingetreten ist. Damit soll die Kriegsgewinnsteuerung der Einzelpersonen abschließend geregelt werden, während die für die Gesellschaften bereits durch den Entwurf des Kriegsabgabegeleites für 1919 (siehe die obigen Erläuterungen) vorgesehen ist. Die Einzelpersonen haben schon auf Grund des Kriegssteuergeleites vom 21. Juli 1916 und auf Grund des Gesetzes über die Erhebung eines Bußgeldes zur Kriegsförderung vom 9. April 1917 eine Abgabe von dem in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1916 erzielten Vermögenszuwachs geahnt. Nunmehr wird noch einmal und zwar jetzt der ganze Raum vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918 erfasst, doch wird die auf Grund der oben genannten Gesetze erhobenen Bezüge vorsichtig gesteckt, soweit sie dem auf Grund des neuen Gesetzeszahlungspflichtigen Beitrag in Abzug gebracht wird, die Berechnung des Vermögensstandes vom 31. Dezember 1913 ist das für die Berechnung des Wehrbeitrages festgelegte Vermögen maßgebend. Die Berechnung des Vermögensstandes vom 31. Dezember 1918 geschieht nach Abgabe des Besteuerungsgeleites, wobei aber wesentliche Abweichungen zu berücksichtigen sind. Besondere Abzugsrechte betreffen u. a. Erwerbungen von Todessachen, Ritter durch Erbschaft oder durch Verkauf, durch Anfall eines Lebens-Stammbuches oder Feuerkammes erworbenen Vermögenszuwachs soll grundsätzlich steuerfrei bleiben, darf also von dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 in Abzug gebracht werden.

Von dem Ende der Kriegszeit (Vermögensstand am 31. Dezember 1918) ist ferner u. a. abzuziehen der (am 31. Dezember 1913 festgestellte) Kapitalwert der auf dem Vermögen des Abgabepflichtigen ruhenden auf die Lebenszeit einer bestimmten Person beschränkten Leistungen, wenn diese innerhalb der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918 getroffen ist. Weiter sind abzuziehen Kapitalauszahlungen, die im Veranlagungszeitraum aus einer Verlängerung des Vermögenszuwachses erfolgt sind. Auch wer im Veranlagungszeitraum eine Sanktion von mehr als 1000 Mark empfangen hat, hat diesen Betrag von dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1918 in Abzug zu bringen, denn die Steuerabgabe soll hier den treffen, der die Sanktion vorgenommen hat.

Abzugsfähig ist auch der Betrag einer Kapitalabbindung als Entschädigung für die durch Körperverletzung herbeigeführte völlige oder teilweise Erwerbsunfähigkeit. Dem (nach den Vorschriften des Besteuerungsgeleites am 31. Dezember 1918 festgestellten) Vermögen sind hinzuzurechnen, wie sich schon aus den obigen Ausführungen ergibt, u. a. Erkenntnisse und sonstige Vermögensabgaben. Es erweist sich also, zumal da auf eine verstärkte Auslastungspflicht der Notare und Gerichte hingewirkt werden wird, als zwecklos, wenn z. B. Eltern, um dadurch zu niedrigeren Steuern zu kommen, Vermögensanteile an ihre Kinder verschenken. Das darf gleich einschließlich bemerket werden, dass auch bei den künftigen Vermögensabgaben Vorlehrungen in dieser Richtung getroffen werden dürfen. Zu dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 sind ferner u. a. hinzuzurechnende Verträge, die im Veranlagungszeitraum in ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen angelegt worden sind. Der Gesetzentwurf will damit verhindern, dass in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918 abgelöste Vermögen der Steuerpflicht entzogen wird. Weiter soll der Berücksichtigung des Vermögenszuwachses damit entgegengewirkt werden, dass Beiträge, die zum Erwerbe von Gegenständen aus Edelmetallen, von Edelsteinen oder Perlen, von Aukt., Schmuck- und Luxusgegenständen sowie von Sammlungen aller Art aufgewendet worden sind, sich der Steuerpflicht entziehen. Es hat sich bekanntlich bei manchen Beuteln, die hohe Kriegsgewinne erzielt haben, die Neigung gezeigt, ihre Mittel gerade in solchen Werten anzulegen, die nach dem Besteuerungsgeleit nicht steuerpflichtig sind. Dem will der Ge-

setzentwurf nach dem Vorberleb des Kriegssteuergeleites vom 21. Juli 1916 entgegentreten (ausgenommen sind aber wiederum Kunstscheine lebender oder seit dem 1. Januar 1919 verstorben Deutscher oder im Deutschen Reich wohnhafter Künstler.) Der Gesetzentwurf geht aber noch weiter als das Kriegssteuergeleit. Es sind nämlich dem Vermögenszuwachs vom 31. Dezember 1918 hinzugerechnete Beträge, die im Veranlagungszeitraum zu Anlässen jener Art versteuert werden, soweit sie insgesamt 10000 Mark übersteigen. Die Ausgabenstiftungen und die Anschaffungen älter Art — das gleiche gilt auch für die obenerwähnten Analogien in ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen — sind allerdings nur dann zu berücksichtigen, wenn die erworbenen Gegenstände usw. am Ende des Veranlagungszeitraumes (31. Dezember 1918) noch im Besitz des Abgabepflichtigen sind.

Die Höhe der Kriegsabgabe, die nur vom dem Betrag von 3000 Mark übersteigenden Vermögenszuwachs erhoben wird, beträgt für die ersten angesangenen oder vollen 10000 Mark des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 10 v. H., für die nächsten angesangenen oder vollen 10000 Mark 20 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 20000 Mark 30 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 50000 Mark 40 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 100000 Mark 50 v. H., für die nächsten 200000 Mark 60 v. H., für die nächsten 500000 Mark 70 v. H., für die nächsten 1000000 Mark 80 v. H., für die nächsten 2000000 Mark 90 v. H., und für die weiteren Beträge 100 v. H. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses. Es wird nach diesen Abgabebüßen jeder über 500000 Mark hinzugehende abgabepflichtige Vermögenszuwachs völlig fortgelöst und es kann somit niemand nach Erfüllung der Abgabepflicht von dem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs mehr als 199500 Mark zurückbehalten.

Die Besteuerung ist scharf. Gleichwohl ist sie nicht so aufzufassen, dass die, welche aus Heeresleistungen u. dgl. Nutzen gesogen haben, bestraft werden sollen. Das Ziel ist vielmehr besonders nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges, der weite Kreise der Bevölkerung große Verluste gebracht hat — die Gewinne, die aus dem Kriege und während des Krieges erzielt worden sind, der Allgemeinheit zugute zu führen.

Die Erbarmnis und die Früchte der Arbeit werden bis zu einem gewissen Grade geschont, in dem der ganze kleine Vermögenszuwachs (bis 3000 M.) unbesteuert bleibt und der Abgabebüll nur nach und nach, wenn auch schließlich sehr spät aufsteigt. Für die Allgemeinheit wird die hohe Abgabe vom Vermögenszuwachs, abgesehen davon, dass sie die Finanzkrise des Reiches stärkt, einen besonderen Vor teil haben, denn die Abgabe verhindert die gleichsam zusätzliche Auskraft und ist damit ein erster Schritt auf dem Wege zur Verbesserung der Lebenshaltung.

Die Entwürfe werden den geiebenden Körperstaaten gut endgültigen Erledigung unterbreiten.

## Eine mittelnorddeutsche Bundesrepublik.

Die braunschweigische Regierung fordert in einem Aufruf zur Bildung einer mittelnorddeutschen Bundesrepublik auf. Die Arbeiter- und Soldatenräte der im folgenden bezeichneten Gebiete werden gebeten, mit ihr in einem Meinungsaustausch einzutreten, ob an die Errichtung eines neuen Gemeinschafts mit nachstehender Abgrenzung beizutreten werden kann: Von Hannoverschem Staatsgebiet im Norden ausgehend, die Elbe entlang bis in die Nähe von Burg bei Magdeburg, in gerader Linie bis zum nördlichen Teile von Anhalt, von da aus der Grenze Anhalts folgend bis in die Gegend von Bitterfeld, die Anhaltische Grenze abrundend bis in die Gegend von Nordhausen, durch preußisches Gebiet über die Görtinger Heide bis zum südlichen Teile des braunschweiger Gebietes, der braunschweigischen Grenze folgend bis zum nordöstlichen Punkte des Ortes Holzminden und von dort weitergehend östlich von Hannover und westlich von Celle in gerader Linie wieder auf Hamburg zu.

Als vorläufige Verfassung des neuen Gemeinschafts schlägt die braunschweigische Regierung eine Kantonalverfassung ähnlich der saarweierischer vor, wonach die Republiken Anhalt, Braunschweig und Hamburg ihre Selbständigkeit bewahren und die aus dem preußischen Staatsverband austretenden Gebietsteile als selbständige Kantone gelten. Zur Konstituierung der neuen Republik schlägt die braunschweigische Regierung vor, dass die Bevölkerung der Landesregierungen bzw. die Bevollmächtigten Arbeiter- und Soldatenräte der drei Republiken und der preußischen Gebietsteile sich in Braunschweig versammeln, über die Errichtung der Bundesrepublik einzutragen, und einen vorläufigen Ausschuss einzusetzen, der die Leitung der Republik übernimmt. Die braunschweigischen Arbeiter- und Soldatenräte sind fest entschlossen, die Kosten zu befreitigen, mit denen die bisher herrschende Klasse die Arbeiter belegt hatte. Sie sind aber auch ebenso fest entschlossen, jeden Angriff auf ihre Produktionsstätten, von welcher Seite er auch kommen möge, mit allen Mitteln abzuwehren und zu verteidigen, die sich gegen die Lebensbedingungen des Arbeitervolkes richten, nötigenfalls mit Waffengewalt zu unterdrücken. Braunschweig bietet seinen Nachbarn, die in gleicher Lage sind, seine Hilfe für jeden Fall eines Angriffs an und bittet sie, im Falle seiner Bedrohung, sich an sie mit der Bitte um Hilfe wenden zu dürfen. Der Aufruf schließt: Eile tut not. Es gilt, die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

## Zur Lage.

Die Sitzung des interalliierten Kriegsrates am Sonntag nachmittag im Quai d'Orsay in Paris war wichtig und dauerte, wie Agence Havas mitteilt, von 2½ bis 6½ Uhr. Nach Feststellung der Tagesordnung wurden die französischen Minister aufgefordert, ihre Ansichten über die belgische Frage zu führen. Dann verhandelte der Kriegsrat über die Verlängerung des Waffenstillstandes bis 5 Uhr 15 Min. Marshall Foch erläuterte verschiedene Einzelheiten bezüglich der Ausführung des Waffenstillstandesvertrages. Dann wurde beraten, unter welchen Bedingungen eine Verlängerung des Waffenstillstandes bestätigt werden sollte und beschlossen, die neuen Bedingungen am Montag, den 18. Januar bekannt zu geben. Dann wurde die Frage erörtert, wie viele Vertreter jede Nation zur Friedenskonferenz entsenden sollte. Die Franzosen schlugen 5, 4, 3, 2 oder einen Vertreter für je einen Staat vor, die nach den Rollen, die er im Kriege gespielt habe. Die Debatte führte nicht zur Einigung. Man nimmt an, dass der Oberste Kriegsrat keine Bedeutung über die Verlängerung des Waffenstillstandes am Montag abstimmen und bis dahin vielleicht auch über die Frage der Friedenskonferenz schlüssig werden wird. Am Dienstag wird

wahrscheinlich eine vorbereitende Sitzung zwischen Vertretern der fünf Großmächte, Amerika, Frankreich, England, Italien und Japan über die Konferenz stattfinden. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Staaten traten als Oberster Kriegsrat um 2 Uhr 30 Min. nachmittags im Quai d'Orsay zusammen und legten die Bedingungen, unter welchen der Waffenstillstand mit Deutschland verlängert werden sollte, fest. Unter den festzustellenden Punkten befinden sich die Fragen bezüglich der Uebergabe der deutschen Schiffe und der deutschen bisher noch im Bau oder in Reparatur befindlichen Unterseeboote, der Befreiung der Uebergabe des Eisenbahn- und Transportmaterials und der aus den alliierten Gebieten mitgekommenen Maschinen. In einer zweiten Sitzung, die als nichtformelle Konferenz abgehalten wurde, legten die Vertreter den Gedanken austausch bezüglich der Arbeitswerte und anderer mit den kommenden Friedensverhandlungen zusammenhängender Fragen fort. Es wurde beschlossen, dass die erste formelle Sitzung der internationalen Präliminarien am nächsten Sonnabend stattfinden soll.

**Die Friedenskonferenz.** Die „Times“ schreibt: Es ist unmöglich zu sagen, wie lange die Friedenskonferenz dauern wird. Große Anstrengungen sind gemacht worden, um sie abzukürzen. Denn alle alliierten Nationen streben danach, zu den Friedensgewohnheiten zurückzuführen und diese Weihnachten in allen anderen Ländern wiederherzustellen. Wenn die Konferenz der Alliierten sich über die Bedingungen des Vorberleb gezeichnet haben wird, werden diese den Deutschen zur Annahme vorgelegt werden. Der Frieden wird ein diffiziler Frieden sein, obgleich die Bedingungen unendlich viel milder sein werden, als diejenigen, die Deutschland, wie es den Rumänen sagte, uns auferlegen wollte.

**Die revolutionäre Bewegung in Luxemburg.** Die Regierung Luxemburgs veröffentlicht eine Bekanntmachung, in der sie erklärt: Die revolutionäre Bewegung, die die Ausrufung der Republik und den Sturz der Donaumitglieder erachtet, beschleicht die nationale Ehre des Großherzogtums. Sie kündigt ferner die baldige Aufnahme der wirtschaftlichen Verhandlungen mit der Entente an, besonders mit Frankreich und Belgien. Da die Großherzogin befürchtet, dass sie für die Verhandlungen ein Hindernis sein könnte, erklärt sie sich bereit, auf den Thron zu verzichten, und beauftragte die Regierung, für die erforderlichen Maßnahmen beabsichtigt zu sein, um die Unabhängigkeit des Landes und das Weiterbestehen der Donaumitglieder zu verbürgen. Die Entscheidung über alle Fragen, die die Thronfolge und das Schicksal des Landes berühren, wird einer Kundgebung des Volkswillens vorbehalten werden.

**Die Engländer in Antwerpen.** Wie das Blatt „People“ meldet, erklärten die in Antwerpen eingesetzten englischen Marineoffiziere, nachdem sie den Fluß untersucht und die Hafenanlagen beobachtet hatten, im Rathause, dass die englische Admiralität die Abfahrt habe, den Dienst der in Antwerpen befindlichen englischen Seeabteilung ausdehnen und die Versorgung des britischen Belastungsschweres zu neutralisieren.

**Bremen und die Nationalversammlung.** Der Arbeiter- und Soldatenrat hat in seiner gestrigen Sitzung mit 101 gegen 88 Stimmen die Vertreibung Bremens an der Nationalversammlung beschlossen.

**Die planmäßige Entwicklung.** Wie aus Berlin gemeldet wird, gestern begonnen. Noch ist befehlt bis zum Verbindungskanal und die dortigen Brücküberfälle über den Verbindungskanal sind gleichfalls befehlt. Befehlt sind die Bahnlinien, der Landesausstellungspark, die Siemens-Schuckert-Werke usw. Die Beseitung ist unblutig verlaufen. Die Arbeit wird fortgesetzt. Die Befreiung und Entwicklung ist nicht, damit keine Störung der Wahlen möglich ist.

**Verhandlungen zwischen dem Zentralrat und den revolutionären Obdulanten.** Aus Berlin wird gemeldet: Der Zentralrat trat am 18. d. M. in Anwesenheit eines Vertreters des Kriegsministeriums Vorlagen für die vorläufige Regelung der Kommandogewalt, über die Siedlung der Soldatenräte im Friedensheere und über vorläufige Bestimmungen. Die Verhandlungen hierüber werden am 14. Januar vormittags weitergeführt. Dann tritt der Zentralrat in Verhandlungen ein mit der Kommission der revolutionären Obdulanten der Berliner Zentralvorstandes der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und dem Groß-Berliner Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gegenstand der Verhandlungen sollten die übrigen Fragen sein, die zuerst durch die Vermittlungskommission und den Zentralvorstand der U. S. P. D. in den Verhandlungen mit den Volksbeauftragten berücksichtigt und die Sitzungen befehlt worden sind. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde die Stellung der revolutionären Obdulanten erörtert. Es ergab sich aus den Verhandlungen, dass die revolutionären Obdulanten der U. S. P. D. angehören, doch aber ihre Sichtslinie unabdingbar von dem Vorstand der U. S. P. D. gefällt und das sie später ausgetragen würden. Über die Frage der Befreiung der revolutionären Obdulanten und der Kreis der Arbeiter, die sie vertreten, ist völlige Klarheit nicht geschaffen. Hierzu wurden auf die Voraussetzungen zu den Verhandlungen zurückgegriffen. Der Zentralrat hatte erklärt, dass die Verhandlungen eröffnet würden, wenn von der U. S. P. D. und den revolutionären Obdulanten die Freiheitlichkeit uneingeschränkt anerkannt und die Sitzungen herausgegeben würden. Das ist nicht geschah. Die Ablösungen sind vielmehr durch die Truppen befehlt worden. Es wurde hierbei erwähnt, dass erneute Angriffe gegen den Vorwärts am Montag, den 18. Januar, nachmittags vorgenommen werden sind. Die revolutionären Obdulanten und der Vorstand der U. S. P. D. erklärten übereinkommend, dass sie von diesen Angriffen nicht unberührt seien und dass sie diese Angriffe auch nicht dulden. Dann wurde in die sachlichen Verhandlungen eingetreten. Von den revolutionären Obdulanten der U. S. P. D. wurde gefordert, dass die Regierung durch den Zentralrat abberufen würde. Bei der Verhandlung dieser Forderung wurde verlangt, dass die Entscheidung hierüber sofort erfolgen solle. Demgegenüber wurde betont, dass ohne Beratung über die neuen Personen und ohne Feststellung des Programms, dass die neue Regierung zu vertreten habe, über die Ablösung der fehligen Volksbeauftragten nicht Beschluss gefasst werden könne. Die Verhandlungen wurden auf Dienstag nachmittag 2½ Uhr verlängert.

**Allgemeiner Aufstand in Argentinien.** Agence Havas meldet aus Argentinien: Die Arbeiterverbände haben den allgemeinen Aufstand in der ganzen Republik erklärt. Die Eisenbahnen in Mittel- und Westargentinien haben den Dienst eingestellt. Marineabteilungen wurden geladen, um bei Wiederherstellung der Ordnung mitzuwirken. Die Kirche Sacré Coeur wurde geplündert, mehrere Waffenlager wurden ausgeraubt. Die Truppen sind konfisziert. Bei Zusammenstößen wurden mehrere Personen getötet. Der Kraftwagen des Leiters der Polizei und zahlreiche Straßenbahnen wurden von den Aufständigen in Brand gestellt. Eine weitere Meldung aus Buenos Aires besagt: Trotz der Mitteilung des Streitkampfes, dass der Streit beendet sei, dauerte das Schießen und die anderen Unregelmäßigkeiten den ganzen Tag über und die Nacht hindurch an. Die Zahl der Opfer wird auf 1000 geschätzt. Vor allem im russischen

Wert ist es zu ersten Rämpfen gekommen. General Delle  
Neuer befahl alle russischen Agitatoren zu verbannen. —  
Neuer meldet aus Montevideo: Hier wurden 4 Russen ver-  
boten, die gefangen. Führer einer Verschönerung zu sein,  
die den Status der Regierungen von Uruguay und Argenti-  
nien sowie die Errichtung einer Sonderregierung zum  
Spiel hatte. Es werden 43 Wissenswerte geliefert.

Die Grüne haben Spartakusbewegungen begonnen. Die  
Demonstranten bildeten einen großen Zug, besetzten das  
Wahlbüro der deutschnationalen Volkspartei und waren  
auf anderen Wahlbüros Flugblätter auf die Straße  
und verbrannten sie. Der „Schwarze Zug“ wurde von  
den Spartakisten besetzt. Die Demonstrationen dauern fort.  
Eine Polizeiabschaltung. Die im „Rotarbeiter“ ver-  
öffentlichte Meldung von der Verhaftung des Präsidenten  
der Republik Oldenburg-Ostwestfalen, Kubitt, entbehrt, wie  
der Zentralrat der Marine meldet, jeder tatsächlichen  
Grundlage.

Belagerungszustand über Katowitz. Während nach-  
gehten der Belagerungszustand über 5 Orte des Kreises  
Königswarz, nämlich Radzionka, Koszamora, Rudzynka, Tarnow, Tarnowberg verhängt wurde, wird von heute ab  
der Belagerungszustand auch über Stadt- und Landkreis  
Katowitz verhängt werden.

Der gestrige Kabinettssitz in Berlin beschäftigte sich,  
wie gemeldet wird, in der Haupthand mit der Volksfrage.  
Die Blättermeldung, daß bayerische Truppen in Berlin ein-  
gerückt seien, entrichtet nicht den Tatsachen.

Wilson für die Wiederherstellung des Lebensmittelzustands.  
Neuter meldet: Wilson sandte dem Kongress eine Note, in der er zur Bewilligung von 100 Millionen Dollars für  
Wiederherstellung der Hungersnot in Europa drängt, indem er  
laut, daß der im Westen weiter breitende Bolschewismus  
nur durch die Lebensmittelhilfe, die der Schlüssel zur ge-  
samten europäischen Lage und zum Friedensschluß sei, zum  
Stehen gebracht werden könne.

Die militärische Lage in Bromberg ist seit vorgestern  
unverändert. Die Polen haben an keiner Stelle Vorrücke  
gemacht. Im Ratzen- und Wieschen-Kreise herrscht Ruhe.  
Der Bahnhof Bromberg-Schneidemühl-Berlin ist in  
vollem Umfang wieder ausgenommen und widmet sich ohne  
die geringsten Störungen ab. Entgegen vieler unzureichen-  
der Schätzungen, die geeignet sind, die Bevölkerung zu  
beunruhigen, wird wiederholt betont, daß die Entwicklung  
der Verhältnisse die besten Hoffnungen hält und jede Be-  
fürchtung grundlos ist.

Kämpfe zwischen Serben und Montenegrinern. „Tril-  
bano“ veröffentlicht eine Verwahrung Montenegrins gegen  
seine Vergewaltigung durch die Serben mit Unterstützung  
der serbischen Belagruppen. Die Montenegriner  
und Serben liefern in Cetina und anderwo wahre Schlä-  
gen. Die Montenegriner ziehen sich in das Gebirge zurück.

Großes englisches Luftschiffbauprogramm. „Evening  
News“ wird amtlich mitgeteilt, daß die Admiralsität ein  
großes Luftschiffbauprogramm vorbereitet. Es werden gas-  
gefüllte Luftschiffe gebaut mit einer Verdrängung von

250000 Kubikfuß, einer Tragfähigkeit von 60, einem Flie-  
hendurchmesser von 8000 Metern, Schwungfeste von 65 bis 70  
Metern und einer Beladung von 25 Mann. Der Bau noch  
größerer Luftschiffe ist geplant. Passagierflüge in nächster  
Zukunft werden angekündigt.

Neue Agitatie der Spartakisten. Nach den Berliner  
Abendblättern verliefen Spartakisten in der vorliegenden  
Nacht die Franzoskäfer durch Gasbomben auszurütteln,  
wurden aber von Soldaten, die sich mit Gasmasken ge-  
schützt hatten, nach einstündigem Gefecht vertrieben. Ein  
Angriff von Spartakisten von den Dächern der Hauseinrich-  
tungen aus wurde von den Mannschaften unter Bu-  
ßabnahme von Geschützen abgewehrt.

Der französische Generalstaat hat bei den  
Waffenstillstandsverhandlungen in Trier um die Kapitula-  
tion des Reichsbankpräsidenten von Haveneck gebeten, um  
sich mit ihm über die finanzielle Sicherstellung der Ententefor-  
derungen zu verständigen.

Massen in Düsseldorf. Wie von unbestreitbarer Seite  
mitgeteilt wird, ist die Versammlung, daß Düsseldorf von  
den Engländern besiegt ist, ungünstig. In Düsseldorf  
heiert völlig Anarchie.

Die Bremer Kommunisten hatten den Auftrag gestellt,  
aus den Kreisen der Bürgerschaft und der Gewerkschafts-  
führer Freiheit zu schaffen und für jeden in Berlin zum  
Tode verurteilten Spartakisten eine Geltel zu erschießen.  
Der Auftrag wurde abgelehnt.

Politischer Bericht über die militärische Lage vom  
14. Januar. Adolphe Sobieszek: Hinweise von polnischen Ab-  
teilungen genommen. Abschnitt Nolmar: Die Deutschen  
haben Samotrich eingenommen. Abschnitt Gartow: Der  
Waffenstillstand ist von den Deutschen gebrochen wor-  
den. Westen: Deutsche Artillerie hat Kamionka und Alt-  
Baturz besessen. Zwischen Kamionka und Görlitz besteht.  
Im Südwesten von Görlitz wurde der Gegner von Ro-  
biagora, das er vorübergehend besetzt hatte, wieder ver-  
trieben. An der schlechten Grenze verlammeln sich deutsche  
Kräfte. Der Chef des Stabes.

Streik an der Berliner Hoch- und Untergrundbahn.  
W. L. B. meldet: Nach Auskunft der Direktion der Ber-  
liner Hoch- und Untergrundbahn haben deren Angestellte  
wegen Nichtbelohnung ihrer übertriebenen Lohnforderung  
ihre Arbeit niedergelegt. Es ist noch ganz unsicher, wann  
die Betriebe wieder aufgenommen werden können.

Frontenstab von den Deutschen bestellt. Seit dem  
10. Januar ist Frontenstab von türkischen Truppen besetzt.  
Verhütter Streik. In zwölfter Stunde konnte ein  
drohender Streik der Arbeiter in den Berliner Eisenbahnmach-  
werkstätten beigelegt werden. Die Arbeiter haben die zum  
Teil schon niedergelegte Arbeit wieder aufgenommen.

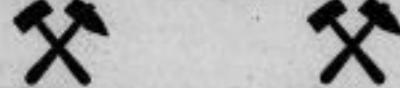
Die Wahlen in Bayern. Bis gestern mittags 12 Uhr  
waren im Münchener Ministerium des Inneren folgende  
Ziffern über das Wahlergebnis (vorläufiges Ergebnis) zu-  
ammenge stellt: Bayerische Volkspartei 1072011, Sozial-  
demokraten 919391, Deutsche Volkspartei 408910, Bayer-

Demokratie 222022, Nationalliberale Partei 110477,  
Lindenberg, Sozialdemokraten 75098, Bund der Unteroffi-  
ziere 12388, Wirtschaftspartei 8225. Zurzeit stehen noch  
die Resultate aus Stadt Dillingen und 89 Stimmbezirken  
aus Würzburg-Land aus.

Baujahr über den Völkerbund. Nach einer Gesamts-  
meldung erklärte Leo Bourgeois einem Vertreter des Fried-  
fors über den Völkerbund, daß nach dem Besuch der Alliierten  
in die Errichtung des Völkerbundes in die Friedenskonfe-  
renzien aufzunehmen sei, wie das von Clemenceau mitge-  
teilt wurde. Es wurde beschlossen, daß die französische Ver-  
einigung für den Völkerbund, der er vorstellt, sich mit den  
entsprechenden Vereinigungen in den alliierten Ländern, ins-  
besondere der britischen Englands und der Vereinigten Staaten,  
in Übereinstimmung legen sollte. Da die Frage ver-  
waltet ist, so haben die Vereinigungen zu ihrer Lösung ein  
Verfahren angenommen, das in den drei folgenden Schritten  
gipfelt: 1. Vor Eröffnung von Verhandlungen soll eine Er-  
klärung der Nationen herbeigeführt werden, die den Ent-  
schluß bekräftigt, in dem Vertrage die Rechtsgrundlage anzu-  
nehmen, für die sie kämpfen, und die Grundbedingungen  
der Regeln festzulegen, welche die Organisation des Völker-  
bundes sich verpflichtet, häufig in den Beziehungen der Na-  
tionen unter einander zu befolgen. 2. In den Vertrag soll  
die Verpflichtung, daß die alliierten Nationen zur Aufrech-  
erhaltung des Friedens vor allem die Verpflichtung zur Aufrech-  
erhaltung der Friedensverträge einnehmen, aufgenommen werden. 3. Eine allge-  
meine Konferenz soll nach Abschluß des Friedensvertrages einberufen werden, um die gleichen Praktiken für alle Staaten  
aufzuteilen, die an der Bildung des Völkerbundes teil-  
nehmen. Die Konferenz wird über die Zusammensetzung be-  
schließen. Um zugelassen werden zu können, müssen die Na-  
tionen demokratische Einrichtungen besitzen, die sie zu Herrn  
ihrenfeld machen, da die Anwendung von Gewalt aus-  
schließlich dem Völkerbund vorbehalten werden soll, als  
höchste Entscheidung. Hinsichtlich der Staaten, die den Welt-  
brand hervorgerufen haben, fügte Bourgeois hinzu, daß ab-  
gesehen von den militärischen Bürgschaften des Friedens-  
vertrages, abgesehen von der Vermittelung aller gerechter  
Weise aufzuerlegenden Wiedergutmachung und abgesehen  
von der Rückbildung derer, die an dem Verbrechen schuld  
sein, Deutschland nicht nur eine politische, sondern auch eine  
moralische Revolution durchmachen und bis dahin alle Ven-  
turen einer internationales Kontrolle hinnehmen müsse. Darum  
soll der Staaten, die sich weigerten, die Entscheidung des  
Völkerbundes anzunehmen, erklärte Leon Bourgeois, daß  
der Einwurf dafür die Aufstellung einer bewaffneten Macht  
vorstelle, daß aber einige sehr wirksame Verfüungen fried-  
licher Art genügen würden, die Widerstreben zur Achtung  
vor der gemeinsamen Entscheidung zu zwingen. Bourgeois  
sagte zum Schluß, daß es einen allgemeinen Frieden und  
einen sozialen Frieden nur mit Hilfe der Einrichtung des  
Völkerbundes geben.

## Daum's Tanzstunde

Nächste Übungsstunde morgen  
Donnerstag in der Elbterrasse.



## Der Ballauf von Britetts

im Landhaus in beschränkten Mengen wird von

Freitag, den 17. Januar ab

Bis auf weiteres wieder aufgenommen. Wir empfehlen  
lediglich vorherige telefonische Anfrage.  
Riesa, den 15. Januar 1919.

## Plessaer Braunkohlenwerke

G. m. b. H.

Deutsches Mädchen, deutsche Frau,  
Deutschlands Not kennst Du genau,  
Hilf ihm auf! Geh' mit zur Wahl!  
Eins nur gilt: deutsch-national!

Stimmzettel Rötzisch!

Deutsch-nationalen Volkspartei.

Der Sozialismus  
verwirgt die Brotkarte  
verwirgt den Bezugsschein  
verwirgt die Zwangswirtschaft.

Die freie Wirtschaft  
gibt dem Tüchtigen freie Bahn  
gibt uns allen unser Ankommen.

Wollt Ihr den Zwang  
wählt sozialdemokratisch.

Wollt Ihr die Freiheit  
wählt Bürgerlich.

Hausmädchen  
sucht. Thüringer Hof,  
Gotha.

Aufwartung  
(größeres Schulmädchen) sucht  
P. W. Müller,  
Seiler-Bülders, S. S.

# Deutsche Volkspartei

Donnerstag, den 16. Januar, abends 1/8 Uhr spricht  
**Herr Bürgermeister Hagemann**  
im Saale des Gasthauses zum Stern über:  
**Was erwarten wir?**  
Nach dem Vortrage Aussprache.

## Öffentliche Wahlversammlung!

Herr Röckold aus Freiberg wird

Donnerstag, den 16. Januar abends 1/7 Uhr

im Gasthof zu Jahnishausen und

Freitag, den 17. Januar abends 1/7 Uhr

im Gasthof zu Glaubitz über

die Ziele der deutschnationalen Volkspartei

sprechen. Nicht zahlreiches Erscheinen der ländlichen Bevölkerung ist dringend erwünscht.

**Die deutschnationalen Volkspartei**

Ortsgruppe Riesa.

## Öffentliche Versammlung

am Freitag, den 17. Januar 1919, abends 8 Uhr

im Hotel zum Stern, Riesa.

Vortrag des Herrn Geheimrat Prof. Dr. W. Götz, Leipzig:

**„Deutschland und die Demokratie“.**

Hierauf freie Aussprache.

## Demokratische Partei in Riesa.

Ältere unabhängige Ver-  
ton in kleinen Haushalt als  
Wirtschafterin  
gesucht. Schubert,  
Querfurt, 68, pl.

Rohschäfterei Riesa, Schützenstr. 10.  
Rohschäfteleverkauf morgen Don-  
nerstag vorm.  
von 9-10 Uhr auf rote Voraussetzung Nr. 201-300.  
Otto Gundersmann, Rohschäfteleverkauf 273.

Auf der Domäne Vorwörth  
bei Wohlberg (Elbe) wird  
zum 1. Februar ein einfaches  
Stubenmädchen  
gesucht.